



HAMBURG

Aufruf zur Demonstration
gegen Kürzungen
im Sozial- und Bildungsbereich
im Hamburger Haushalt

am

23. November 2012

14 Uhr: Auftaktkundgebung,
Dag-Hammarskjöld-Platz (Dammtorbahnhof)

16 Uhr: Abschlusskundgebung,
Hachmannplatz (Hauptbahnhof)

**Gemeinsam für ein soziales
und lebenswertes Hamburg**

Der **Hamburger Senat** betreibt mit seinem **Haushaltsentwurf** für die Jahre 2013/2014 weiterhin eine Politik der Umverteilung von arm zu reich. Seniorenangebote, Suchthilfeeinrichtungen, Bücherhallen, Jugendzentren, Universitäten, Bezirksämter und staatliche Kitas: Die Liste der Einrichtungen und Angebote, die von der **Rotstiftpolitik** des Senats betroffen sind, ist lang. Viele Einrichtungen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Die massiven Kürzungen und Umschichtungen entziehen gerade jener – häufig ehrenamtlichen – Arbeit die Grundlage, die sozialer und kultureller Benachteiligung entgegenwirkt. Zu dieser Politik gehören auch Lohnkürzungen, Stellenabbau und Schaffung von prekären Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst.

All das folgt den vermeintlichen Zwängen einer sogenannten Schuldenbremse. Die Methode ist immer gleich: Erst werden in Form von Steuergeschenken für wenige die öffentlichen Einnahmen gesenkt, dann werden die Ausgaben gekürzt.

Attac setzt im Rahmen des Bündnisses gegen Rotstift ein deutliches Zeichen für ein soziales und lebenswertes Hamburg.

Wir fordern den Senat auf, die Kürzungspläne zurückzunehmen, den Sozialstaat zu stärken und eine intakte soziale Infrastruktur zu gewährleisten. Soziale Arbeit, Bildung und Kultur sind auszubauen!

Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch die ausreichende Versorgung mit **bezahlbaren Wohnungen**, aber nicht die Durchführung von Leuchtturmprojekten.

Wir erwarten, dass die Bürgerschaft die Hamburger „**Schuldenbremse**“ zurücknimmt, denn diese ist die Grundlage für die Rechtfertigung der Kürzungen. Wir erwarten, dass sie sich für die Rücknahme der „Schuldenbremse“ auf Bundesebene einsetzt, die im Grundgesetz verankert wurde. Es kann insbesondere nicht sein, dass den Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Lohnerhöhungen durch Tarifverträge mit Personalabbau gedroht wird, damit die „Schuldenbremse“ eingehalten werden kann.

Wir brauchen keine „Schuldenbremse“, sondern eine Vermögensbremse

Wir erwarten, dass die Bürgerschaft sich für eine Erhöhung der Einnahmen einsetzt – durch Vermögenssteuer, einmalige Vermögensabgabe, Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen, Besteuerung von Finanzmarktgeschäften.

Die **Privatisierung** der öffentlichen Einrichtungen für die Daseinsvorsorge (Gesundheit, Bildung, Sport, Energie- und Wasserversorgung ...) **lehnen wir ab.**

Zu einer demokratischen Stadt gehört auch Transparenz, zum Beispiel bezüglich der Finanzsituation. Wir fordern eine Offenlegung der „Schattenhaushalte“.

Wir fordern und treten ein für eine lebenswerte Stadt, in der ein gleichberechtigtes Leben garantiert ist, und deshalb rufen wir alle auf, **sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration am 23. November 2012 zu beteiligen.**

Aktionen und Veranstaltungen von Attac Hamburg zum Hamburger Haushalt

18. November 2012, Centro Sociale (Sternstraße 2)

14–16 Uhr: Information und Diskussion über den Hamburger Haushalt, mit Dr. Rainer Volkmann (Universität Hamburg, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften)

Ab 16 Uhr: Vorbereitung eines Ratschlags am 29. November 2012

29. November 2012, 19 Uhr: Ratschlag – soziale Einrichtungen und ihre Nutzer/-innen kommen zusammen, um ihren wirklichen Bedarf zu erörtern. Der Ort wird noch bekannt gegeben, siehe Attac-Website

In der Zeit vom 19. bis 22. November 2012: Stadtteilrundgang zu Einrichtungen, die von Kürzungen bedroht sind. Der genaue Termin folgt, siehe Attac-Website

Nähere Informationen: www.attac-netzwerk.de/hamburg/

FLORENZ 10+10

Mehr als 4.000 TeilnehmerInnen, 300 Netzwerke und Organisationen aus 28 Ländern aus allen Teilen Europas und darüber hinaus trafen sich in Florenz, um über ein anderes Europa zu debattieren und Strategien für den Weg dorthin zu entwerfen.

Die Abschlusserklärung von Florenz, 11.11.2012:

Die Kräfte bündeln für ein gemeinsames Europa Unsere Demokratie statt ihre Kürzungspolitik

Bei der Versammlung Florenz 10+10 haben sich NGOs und soziale Bewegungen, Gewerkschaften und BürgerInnen getroffen, die sich gegen Austerität und Schulden, für natürliche und soziale Gemeingüter, für soziale und Arbeitsrechte, für Demokratie, globale Gerechtigkeit und Frieden, für Genderangelegenheiten und für die Rechte von MigrantInnen engagieren.

Wir rufen zu einer **permanenten europäischen Mobilisierung** auf, um die Kämpfe gegen die Krise zu unterstützen und eine Zukunft für jeden in Europa und der Welt aufzubauen. Diese Mobilisierung wird sowohl gemeinsame als auch dezentrale Aktionen beinhalten.

Die erste Initiative, die uns bei der Schaffung gemeinsamer europäischer Handlungsfähigkeit zusammenführt, sind **die Generalstreiks und Aktionen** gegen Austerität in vielen Ländern Europas **am 14. November**.

Wir schlagen einen **gemeinsamen Aktionstag** aus Anlass des Europäischen Frühjahrsgipfels vor, der **am 23. März** in Brüssel stattfinden wird. Format und endgültiger Aufruf für diese gemeinsame Mobilisierung wird in den folgenden Monaten in einem offenen und teilnahmefreundlichen Prozess diskutiert und festgelegt.

Wir rufen auf zur Unterstützung der folgenden Aktionen und Mobilisierungen:

- **18. Dezember 2012:** Welttag der MigrantInnen
- **23. bis 27. Januar 2013:** Aktionen gegen die Finanzialisierung des Lebens und der Gemeingüter (Aktionen gegen Banken)
- **8. März 2013:** Europäische Aktionen zur Unterstützung der Emanzipation von Frauen von Austerität und Schulden
- **26.-30. März 2013:** Weltsozialforum in Tunis
- **Mai 2013:** Blockupy in Frankfurt (Deutschland)
- **7.-9. Juni 2013** (Vorschlag): Alternativengipfel (Alter Summit) in Athen
- **Juni 2013:** G8 Gegengipfel in Großbritannien (muss noch bestätigt werden)
- Konkrete Solidaritätsaktionen, um die Menschen zu unterstützen, die von der Austeritätspolitik betroffen sind als auch jene, die Opfer von rassistischer Gewalt und Missbrauch werden.

Alle Organisationen und Bewegungen sollen sich die Aktionen auswählen, die sie unterstützen und die Form, in der sie das tun wollen.

Berichte, Aufrufe und andere Dokumente: www.firenze1010.eu